

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1987)
Heft: 1: Flexibilisierung der Arbeitszeit

Artikel: SGB-Kongress zur Arbeitszeitpolitik
Autor: Riemer, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584076>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SGB-Kongress

zur Arbeitszeitpolitik



Foto: Keystone

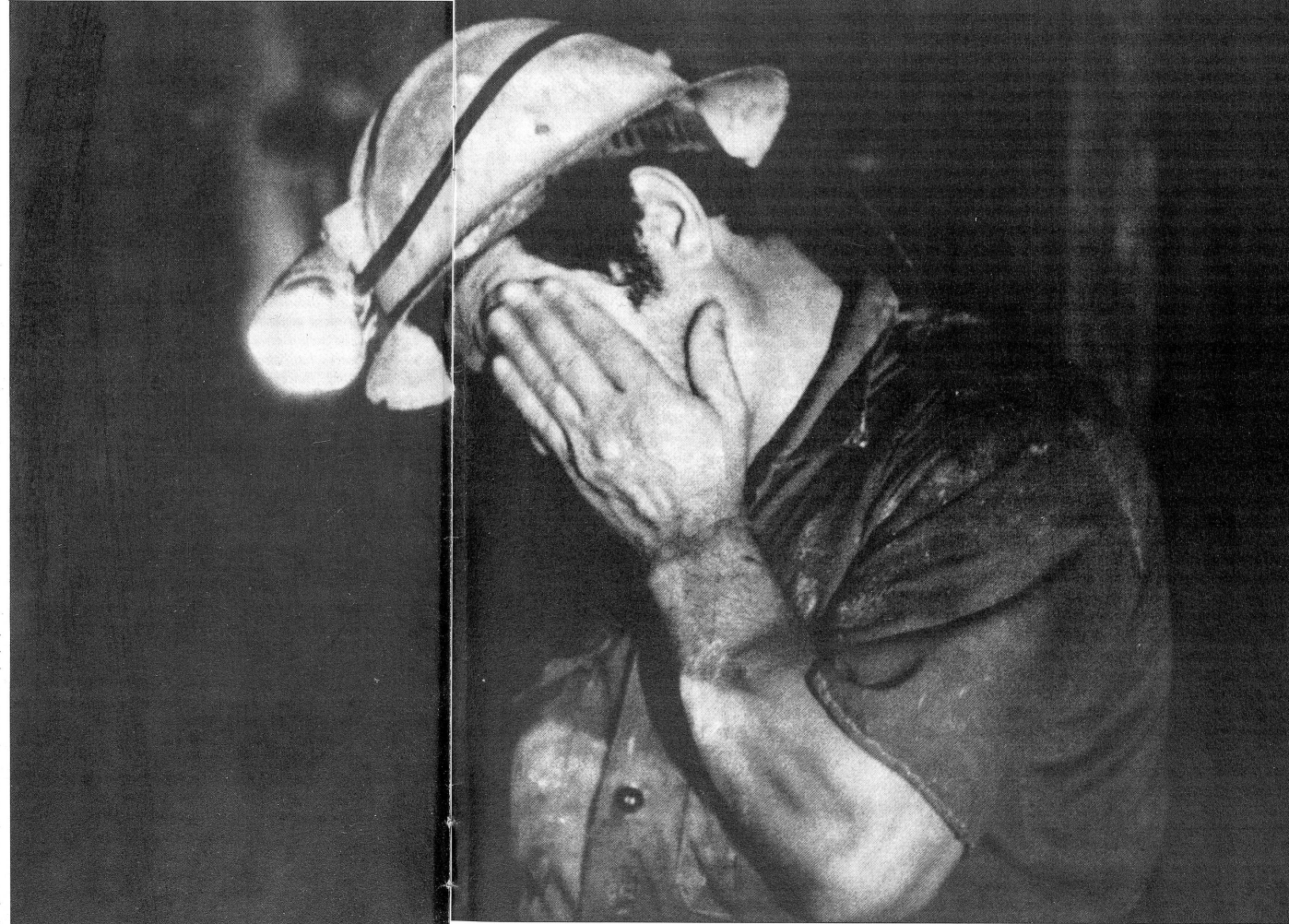


Foto: Uri Urech

Der SGB-Kongress vom 13. bis 15. November 1986 in Luzern bot die Gelegenheit in einer wichtigen Diskussion Stellung zu nehmen: Auf die Forderung der Gewerkschaften nach genereller Arbeitszeitverkürzung reagieren die Unternehmer mit Flexibilisierungs- und Individualisierungs-Vorschlägen. Generelle Vertrags- und Schutzbestimmungen sollen aufgelöst werden, das Arbeitsgesetz entsprechend gelockert werden. Der Kongress hätte den Auftakt geben können für einen breiten Kampf für massive allgemeine Arbeitszeitverkürzungen und gegen die Flexibilisierung der kollektiven Rahmenbedingungen. Die SGB-Spitze wollte allerdings in eine andere Richtung gehen: Die Gewerkschaften sollten auf die Flexibilisierungstendenz einsteigen und sie zu regeln versuchen. Damit ist die SGB-Spitze allerdings nicht durchgekommen. Eine Opposition aus mehreren Verbänden konnte in wichtigen Punkten die Mehrheit der Delegierten gewinnen.

ROBERT RIEMER
MITGLIED ZK GDP

Unter dem Titel «Thesen zur Verkürzung und Gestaltung der Arbeitszeit» präsentierte der Vorstand ein Papier zur Flexibilisierungs - Problematik. Dieses Papier war bereits ein halber Kompromiss zwischen einer Position des «Einstiegs in die Flexibilisierung» wie sie von Ruth Dreifuss, Beat Kappeler und F. Reimann vertreten wurde und einer Reihe von Gegen-

anträgen von GTCP, VPOD, GBH u.a.; diese verlangten klare Positionen des SGB gegen den zunehmenden Unternehmerdruck.

Aber bereits in der Einleitung der «Thesen» tauchten derart unpräzise Formulierungen auf, dass sie für eine gewerkschaftliche Standortbestimmung wenig taugten. So stand zum Beispiel: «Die hochindustrialisierten Gesellschaften erweisen sich als

behaltsabläufe und -organisation. Sie führen in der Regel zu einer schärferen Trennung zwischen qualifizierten und Hilfstätigkeiten und intensivieren den Arbeitsrhythmus». So wird die reale Welt auf den Kopf gestellt! Ist es nicht eher so, dass die Unternehmer die neuen Möglichkeiten zur Arbeitsintensivierung zu nutzen verstehen, ohne dabei auf wirkungsvollen Widerstand der Gewerk-

Die Alternative: 40 Stunden jetzt – in Richtung von 35 Stunden

Die GTCP schlug demgegenüber einen neuen Einleitungstext vor, der eine wichtige Orientierungshilfe im Gestrüpp der Flexibilisierungsdiskussion gibt: Im Mittelpunkt steht die Aussage, dass «eine rasche und umfassende Arbeitszeitverkürzung» nötiger sei denn je. Denn «hinter dem Begriff der Flexibilisierung verbirgt sich oft nichts anderes als die Absicht, den Einsatz der Arbeitnehmer möglichst flexibel den Bedürfnissen der Produktion und der Rentabilität anzupassen». Folgerichtig wird dem bürgerlichen Propaganda-Trick der neuen Freiheit durch Flexibilisierung, ein Kernsatz gewerkschaftlichen Selbstverständnisses entgegengestellt: «Für die Gewerkschaften ist klar: Die persönliche Freiheit der Arbeitnehmer kann sich in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nur im Rahmen der Gesetze und Gesamtarbeitsverträge entwickeln».

Diese GTCP-Einleitung, welche von VPOD, GBH und GDP-Delegierten unterstützt wurde, gewann die Mehrheit der Stimmen. Demnach begann die Diskussion um die eigentlichen Themen.

Nacht- und Sonntagsarbeit

Die These des Vorstandes verlangte zu diesem Punkt eine Reduzierung der Nacht- und Sonntagsarbeit auf «das gesellschaftlich absolut unumgängliche». Die GTCP konnte diese Passage in ihren Gegenantrag integrieren, welcher zusätzlich eine weitere Grundposition deutlich festhalten wollte: «Das Nacht-

und Sonntagsarbeitsverbot für Frauen ist beizubehalten». Dieser Formulierung stimmte die Mehrheit der Delegierten zu.

Wie ehrlich die Diskussion zur Sonntagsarbeit und zum Durchlaufbetrieb (7 mal 24 Stunden) geführt wurde, zeigt die Tatsache, dass der Pilot-Vertrag für Wochenend-schichten zwischen SMUV und ETA zu diesem Zeitpunkt bereits perfekt war, ohne dass die Delegierten während der Diskussion vom SGB-Präsidenten Fritz Reimer der Flexibilisierung versteckt sich oft nichts anderes als die Absicht, den Einsatz der Arbeitnehmer möglichst flexibel den Bedürfnissen der Produktion und der Rentabilität anzupassen». Folgerichtig wird dem bürgerlichen Propaganda-Trick der neuen Freiheit durch Flexibilisierung, ein Kernsatz gewerkschaftlichen Selbstverständnisses entgegengestellt: «Für die Gewerkschaften ist klar: Die persönliche Freiheit der Arbeitnehmer kann sich in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nur im Rahmen der Gesetze und Gesamtarbeitsverträge entwickeln».

Individuelle Freiheiten und gemeinschaftliche Interessen

Die Vorstandsthese meinte zu diesem Punkt: «Individuelle Arbeitszeitregelungen müssen dem freien Willen der Arbeitenden entsprechen». Gerade in dieser wichtigen Frage setzte die Opposition andere Akzente (Antrag VPOD). Die Arbeiterbewegung kennt aus vielen Kämpfen um Schutzgesetze, dass sich die Unternehmer gerne darauf berufen, dass die Arbeiter ja «freiwillig» dazu bereit seien, das oder jenes zu tun. Der Generenvorschlag verlangt deshalb, dass Arbeitszeitregelungen in Gesetzen und Verträgen persönlichen Bedürfnissen vermehrt Rechnung tragen sollen, knüpft dies aber an die Bedingungen, dass diese nicht den «Bedürfnissen der Belegschaften entgegenstehen» dürfen. Es soll also niemand die Freiheit haben, «frewillig» am Sonntag damit würde das freie Wochenende für alle kaputt gemacht! Die Mehrheit der Delegierten folgte dieser Argumentation.



Foto: Uri Urech

unfähig, dem Problem der Arbeitslosigkeit beizukommen». Diese Aussage lässt alle Interpretationen offen. Ist damit gemeint, dass die Arbeitslosigkeit, mit welchen Mitteln auch immer, nicht besiegt werden kann? Oder ist es einfach eine Rückenbedeckung für vergangene, aktuelle und zukünftige SP-Regierungspolitik in mehreren Ländern Europas? Oder wird damit lediglich beabsichtigt, die eigene Machtlosigkeit zu verstecken? Generell wird dabei vermieden, den Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Charakter der Wirtschaft und den heute herrschenden Problemen in der Arbeitswelt (und der Gesellschaft!) auch nur anzudeuten. Typisch dafür ist folgende Aussage: «Die neuen Techniken verändern Ar-

beitswelt zu stossen? Das sind nicht etwa bössartige Wortklaubereien, denn die grossen Veränderungen in der Arbeitswelt stehen noch bevor und darum ist eine zentrale Frage unumgänglich: Kann die Gewerkschaftsbewegung als eigenständiger Faktor und mit eigenen Konzepten in diese Auseinandersetzung eingreifen – oder stehen wir schutzlos im Regen? Und gerade in diesem Punkt liegt die Schwäche dieser Thesen – eine gewerkschaftliche Grundhaltung zur Arbeitszeitpolitik ist schwer zu erkennen, nicht zuletzt darum, weil allfällige Verhandlungskompromisse (als möglicher Abschluss einer gewerkschaftlichen Aktion) bereits vorweggenommen werden.

Vertragspolitik und Flexibilisierung

Ein VPOD-Antrag verlangte klare Leitlinien für die Vertragspolitik: «Der Normalarbeitstag von acht Stunden und die Fünf-Tage-Woche sind mit der 40-Stunden-Woche als Norm durchzusetzen». Nach einem sehr engagierten Gegen-Votum von SGB-Sekretärin Ruth Dreyfuss haben die Delegierten diesen Antrag mit 85 zu 84 Stimmen abgelehnt. Die Frage ist berechtigt, ob auch Ruth Dreyfuss bereits zu diesem Zeitpunkt über den ETA-SMUV-Vertrag informiert war? Mit diesem Entscheid ist nun jeder Verband frei, in seinem Vertragsbereich mit der Flexibilisierung zu experimentieren!

Bilanz

Die bürgerliche Kongressberichtersatzung musste zur Kenntnis nehmen, dass die bedingungslose Arbeitsfrieden- und Sozialpartnerschafts-Politik in der Gewerkschaftsbewegung wieder verstärkt umstritten ist. Die Opposition wird jetzt vor allem im Gewerkschaftsalltag verstärkt zusammenarbeiten müssen, um die Kongress-Erfolge auch in konkrete Abwehrkämpfe umsetzen zu können. Die Bedeutung der weiteren Diskussion innerhalb der Verbände kann nur unterstrichen werden.

KONGRESS-SPLITTER

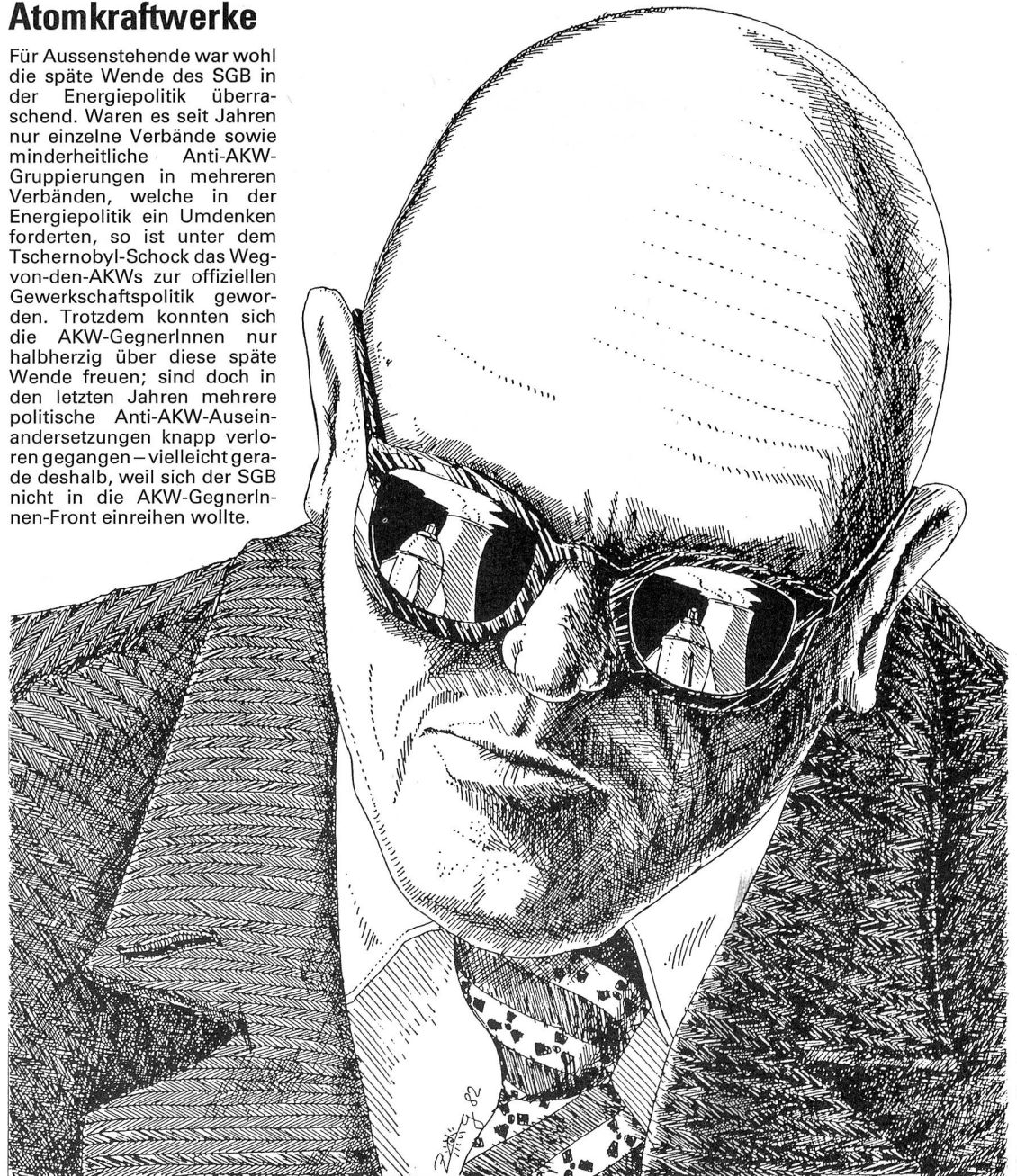
Gegen die Diskriminierung der Frauen im Erwerbsleben

Die Kongressresolution stellt fest, dass sich für die Frauen auch fünf Jahre nach der ver-

fassungsmässigen «Gleichstellung» nur wenig geändert hat. Aber selbst innerhalb des SGB spüren die Frauen noch immer nur eine halbherzige Bereitschaft, die Frauendiskriminierung an der Wurzel anzupacken. So hatte die SGB-Frauenkommission eine Stellungnahme zur «Gleichbe-

SGB fordert Verzicht auf Atomkraftwerke

Für Aussenstehende war wohl die späte Wende des SGB in der Energiepolitik überraschend. Waren es seit Jahren nur einzelne Verbände sowie minderheitliche Anti-AKW-Gruppierungen in mehreren Verbänden, welche in der Energiepolitik ein Umdenken forderten, so ist unter dem Tschernobyl-Schock das Weg-von-den-AKW zur offiziellen Gewerkschaftspolitik geworden. Trotzdem konnten sich die AKW-GegnerInnen nur halbherzig über diese späte Wende freuen; sind doch in den letzten Jahren mehrere politische Anti-AKW-Auseinandersetzungen knapp verloren gegangen – vielleicht gerade deshalb, weil sich der SGB nicht in die AKW-GegnerInnen-Front einreihen wollte.



Zeichnung: Marc Zaugg